Beschluss:

Der Bildungsausschuss schlägt dem Stadtrat vor, folgende Resolution zu verabschieden:

Resolution des Stadtrates zur Entwicklung der Unterrichtsversorgung in der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat nimmt mit großer Sorge die Beschwerden von Eltern und SchülerInnen über den Unterrichtsausfall an ihren Schulen zur Kenntnis. Fehlende FachlehrerInnen , zu wenige Lehrerstellen und unbesetzte Stellen gefährden den Schulunterricht in hoher Qualität. Zudem reduzieren sogenannte bedarfsmindernde Maßnahmen das Niveau der schulischen Ausbildung. Durch das Ausscheiden einer großen Anzahl von LehrerInnen in den nächsten Jahren wird sich dieser Trend unweigerlich verschärfen.

Gerade in einer Stadt wie Halle (Saale) , in der über 30% der Kinder von Transferleistungen leben, ist eine ausgezeichnete Schulbildung notwendig, damit allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Entwicklung eröffnet werden. Zudem stellen sich unsere Schulen den Herausforderungen von Inklusion und Integration von MigrantInnen. Der Stadtrat unterstützt das ausdrücklich!
Allerdings ist seitens des Landes eine adäquate Unterrichtsversorgung mit dem entsprechend qualifizierten Lehrpersonal nötig!

Der Stadtrat fordert daher die Landesregierung mit dieser Resolution auf:

1. Die Unterrichtsversorgung an allen Schulen so sicherzustellen, dass der Unterricht vollumfänglich stattfinden kann.

2. Die zusätzlichen Lehrpersonalbedarfe für Inklusion und Integration von MigrantInnen zu decken.

3. Jede freiwerdende LehrerInnenstelle unverzüglich wiederzubesetzen.

4. Die Kapazitäten in der LehrerInnnenausbildung so auszuweiten, dass zukünftige Bedarfe gedeckt werden können und SeiteneinsteigerInnen den Weg in den LehrerInnenberuf zu ermöglichen.

5. Die bedarfsgerechte Schulsozialarbeit in Absprache mit der Kommune zu ermöglichen.

Eine gute Schulbildung ist eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Sie ist eine wesentliche Grundlage für eine gedeihliche zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt, der Region, des Landes! Um dies sicherzustellen, muss die Landesregierung JETZT handeln!